

Die fetten Jahre sind vorbei

*Von Martin E. Renner *)*

Man muss kein prophetischer Traumdeuter sein, um dieses bittere Fazit zu ziehen: Die „fetten Jahre“ in unserem Land sind vorbei. Und zu befürchten ist, dass die folgenden „sehr mageren“ Jahre deutlich länger als die biblischen sieben Jahre dauern werden. Wenn es hierzulande überhaupt noch einmal zu „fetten Jahren“ kommen kann.

Das wird maßgeblich von drei sich wechselseitig bedingenden Faktoren abhängen:

Erstens: Wie viel hypermoralisch aufgeladenen Irrsinn ist der Bürger und Wähler noch bereit hinzunehmen?

Zweitens: Wie lange noch lassen die Bürger und Wähler den an den Stellschrauben der Macht sitzenden grünroten Öko-Extremisten in Politik, Medien, Wirtschaft und Gesellschaft ihr hemmungsloses und bewusst geplantes Zerstörungswerk fortsetzen?

Und Drittens: Wie lange noch wird die zutiefst opportunistische CDU dem in Gang gesetzten Zerstörungswerk kaltschnäuzig und machtversessen assistieren?

Jetzt geht es an die Substanz

Die Schäden an unserer Demokratie, unserer Wirtschaft, unserer Kultur und unserer Gesellschaft haben bereits ein erschreckendes und unsere Existenz absolut bedrohendes Ausmaß erreicht.

Nicht nur für die Nation insgesamt, sondern auch für jeden Einzelnen. Jetzt geht es an die Substanz – so tief und gewaltig, dass die Warnungen – zwar immer noch leicht verbrämt und mit falscher Verursacherzuweisung – heute bereits in jeder Tageszeitung nachzulesen sind.

Im schönsten und besten Deutschland aller Zeiten weiß ein Großteil der hart arbeitenden Steuerzahler heute nicht, ob und wie er den kommenden Herbst und Winter überstehen wird. Doch immer noch wird er von einer immer aggressiver die Grundrechte verachtenden Regierung zum „Unterhaken“ aufgefordert. Zu einer „gemeinsamen Kraftanstrengung“ und dergleichen dümmlich-infantilen Phrasen mehr. Und immer geht es um gewaltige und gewalttätige staatliche Penetration: Ins Portemonnaie. In die ehemals garantierte Unverletzlichkeit der Wohnung. Ja, sogar bis in die Dusche. Bis in die allerletzte Intimsphäre des Bürgers.

Die Wohlstandslethargie der Meisten ist bald Geschichte

Es ist erschreckend, wie tief unser Land – in praktisch allen relevanten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ebenen – gefallen ist. Wie viel der Bürger sich in seiner bisher so satten Wohlstandslethargie gefallen lässt. Und man fragt sich besorgt: Ist der Bürger tatsächlich noch der Souverän?

Egal, ob und wie man diese Frage beantwortet: Wir sitzen alle im selben Boot, das mit Karacho bewusst gegen den Eisberg gesteuert wurde. Ob wir wollen oder nicht.

Die offensichtlichen Missstände und politischen Fehlentscheidungen in unserem Land haben sich sehr lange abgezeichnet. Viele einzelne kritische Stimmen – leider erschreckend oft erst

nach Erreichen des Pensionsalters – warnen seit vielen Jahren. Auch wir als „Alternative für Deutschland“ machen dies seit Anfang an. Unermüdlich, aufrecht und entschlossen.

Vielleicht haben auch wir Kritiker die Situation und die Entwicklung deutlich oder ein wenig unterschätzt. Ganz sicher wurden auch Fehler gemacht. Sicher hätte man manches anders und auch erfolgreicher in der Kommunikation machen können. Und doch gibt uns der immer offensichtlicher werdende Grad der Zerstörung unseres Landes letztlich Recht.

Große Teile unseres Mittelstandes fürchten aktuell den Ruin oder stehen bereits unmittelbar davor. Größere Unternehmen und Konzerne fahren ihre Produktion herunter oder wandern bereits ins Ausland ab. Viele Leistungsträger suchen sich ihr Exil im Ausland.

Es ist höchste Zeit, dass der Bürger seine Stimme erhebt

Man muss hier nicht aufzählen, was jedermann mit wachem Verstand selbst beobachten oder nachlesen kann. Kritik wird nicht länger ausschließlich in den von der „Obrigkeit“ so gerne verteufelten alternativen Medien transportiert. Sondern kommt jetzt vom Bürger selbst, der bereits heute und in Zukunft unmittelbar am eigenem Leib und seinem Leben betroffen ist.

Doch noch immer lassen sich auch viele unserer Mitbürger mit milliardenschweren staatlichen „Rettungspaketen“ beruhigen. Unzählige Milliarden, die man, wie immer, nicht nur den noch solventen Bürgern abpresst, sondern auch den noch ungeborenen zukünftigen Generationen auferlegt.

Demokratie fordert die Teilnahme und Teilhabe an den Prozessen möglichst aller. Sie erzwingt dieses aber nicht. Über die vergangenen Jahrzehnte hinweg hat uns unser Deutschland ein Leben in relativer Freiheit, in Wohlstand und in Sicherheit ermöglicht. Der Souverän, also der Bürger, hat es sich unter diesen Rahmenbedingungen sehr bequem gemacht. Er hat Politik jenen überlassen, denen er alle paar Jahre seine Stimme gab. Er hat auf die Anständigkeit, auf die Kompetenz und auf „die Liebe zum eigenen Volk und auf die eigene Kultur“ bei diesen Politikern vertraut.

Aus der Demokratie wurde Parteiendemokratie und dann Parteienstaat

Die Bürger haben es zugelassen, dass diese Parteien und deren Politiker sich den Staat und die Erträge seiner werteschaftenden Milieus immer raffgieriger zur Beute machten. Und heute eine das gesamte „Establishment“ umfassende, international und global vernetzte und agierende Beutegemeinschaft etabliert haben.

Dieses, sich selbst als „oberste Kaste“ sehendes Establishment (ich sage Beutegemeinschaft) schickt sich nun an, nicht nur den Staat und seine Gesellschaft umzubauen, sondern unser gesamtes Land in einer supranationalen EU – ja, sogar in einer „neuen und universalistischen Werte- und Weltgemeinschaft“ – aufzulösen und abzuwickeln.

Staatliche Plan- und Kommandowirtschaft statt freier Marktwirtschaft. Freiheit des Kollektivs statt Freiheit des Individuums. Betonung globaler statt nationaler Zielsetzungen und Interessen. „Solidarität“, „Gerechtigkeit“ und „Würde“ für jedermann – ja, nur nicht für den eigenen Bürger und Landsmann. „Weltbürger“ anstelle des eigenen Staatsvolkes.

Es ist mehr als fraglich, ob unser Land noch Zeit bis zu den nächsten regulären Bundestagswahlen hat (Herbst 2025), ohne irreparablen Schaden zu nehmen. Wir brauchen keine herbei fabulierte „gemeinsame Kraftanstrengung“, um den Karren mit dieser Untergangsregierung immer tiefer in den Dreck zu schieben. Wir Bürger müssen uns

„unterhaken“ und gemeinsam widersprechen. Und zwar auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen, auf denen wir heute bevormundet, erzogen und in die Irre geführt werden.

Raus auf die Straße und „Paroli bieten“ gegenüber diesen unverschämten Bemühungen eines Kanzlers, der die Bürger als „Extremisten“ vorverurteilt und diesen offen droht.

Demokratie bedeutet auch Streit und Auseinandersetzung

Demokratie lebt eben nicht von einhelliger und erpresster Zustimmung, sondern von argumentativem Streit und dessen schiedlicher Lösung.

Angesichts des katastrophalen Zustandes unseres Landes reicht es nicht mehr, wenn sich die Souveränität des Bürgers ausschließlich im Wahlvorgang erschöpft. Wir müssen streiten. Wir alle, nicht nur die, denen wir unsere Stimme und ein Mandat gegeben haben. Und zwar jeden Tag, mit dem Briefträger, dem Bäcker, dem Friseur, der Apothekerin, bei der Arbeit, im Hobby, beim Sport oder in der Freizeit. Streiten wir um den Erhalt unserer Demokratie. Um den Erhalt und um die Behauptung unserer individuellen Freiheit. Um die Bewahrung unserer wirtschaftlichen Substanz und unseres daraus gewonnenen Wohlstands.

Wir brauchen einen „Great Reset“. Nur in die andere Richtung

Raus aus dieser EU, in der das Wort Solidarität nicht das Papier wert ist, auf dem es geschrieben steht. Die einzige „Solidarität“, die dieses misslungene, kaum demokratisch legitimierte und ständig vertragsbrechende EU-Konstrukt kennt – ist deutsches Steuergeld.

Raus aus diesem schädlichen Währungsdesaster Euro. Raus aus den globalistischen Institutionen und internationalen Organisationen. Raus aus dem Würgegriff der international-ökosozialistischen Weltenretter-Sekte. Raus und Schluss mit diesem, unserem Grundgesetz spottenden Parteienstaat.

Alle, wirklich alle staatlichen Geldhähne für diese leistungslose, aber ideologisch unsere gesamte Gesellschaft überwuchernde grünlinke Wokerilla müssen geschlossen und ausgetrocknet werden.

Sieben magere Jahre zur Neuorientierung und zur Neuordnung werden wir als Nation überstehen – sieben Jahre in der final etablierten Dystopie der linksgrünen Gesellschaftszerstörer ganz sicher nicht.

“Great Resist” statt “Great Reset”.

*) **Martin E. Renner MdB** ist Betriebswirt und Freier Autor. 2013 war er einer der 15 Gründungsinitiatoren sowie Mitglied im Gründungsvorstand der Partei Alternative für Deutschland (AfD).

19.09.2022